



Spitzenverband

# PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 4. Juli 2008

## Krankenkassen zahlen 2009 bereits 1,5 Milliarden Euro mehr für Kliniken - Bundesländer sind in der Pflicht

Der GKV-Spitzenverband lehnt den auf der Gesundheitsministerkonferenz gefundenen Kompromiss als Freifahrtschein für die Bundesländer ab. Die Einigung belastet allein die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkassen. Als eine Säule der Krankenhausfinanzierung stehen die gesetzlichen Krankenkassen zu ihrer Verantwortung und zahlen die laufenden Betriebskosten. Im vergangenen Jahr 50,8 Milliarden Euro. Bereits ohne neue gesetzliche Änderungen werden die Krankenkassen den Kliniken ab 2009 rund 1,5 Milliarden Euro mehr überweisen. Dieses Geld speist sich aus der Grundlohnsummensteigerung sowie aus der auslaufenden Anschubfinanzierung für Integrierte Versorgungsverträge und dem Wegfall des so genannten „Sanierungsbeitrags“. „Die Kassen kommen ihren finanziellen Verpflichtungen voll und ganz nach. Wenn die Länder dies ebenfalls täten, wären die Krankenhäuser insgesamt gut finanziert“, so Dr. Doris Pfeiffer, Vorsitzende des Vorstands des GKV-Spitzenverbands.

### Länder zahlen immer weniger für die Krankenhäuser

Seit 1972 sind die Länder als zweite Säule der Krankenhausfinanzierung in der Pflicht, die Investitionen in Großgeräte, wie moderne Röntgengeräte, die Gebäudesubstanz usw. zu finanzieren. Kamen sie anfangs dieser Verpflichtung nach, ist dies heute kaum noch der Fall. Die Investitionsquote (der Anteil an öffentlichen Fördermitteln an den Krankenhausaufgaben von gesetzlicher und privater Krankenversicherung, GKV und PKV) sank von ca. 25 Prozent auf ca. 5 Prozent. Während die Länder 1993 insgesamt noch 3,9 Mrd. Euro für Krankenhausinvestitionen ausgaben, waren es 2006 nur noch 2,7 Mrd. Euro. Den Ländern wurde 1972 das Recht zur Krankenhausplanung zugestanden, weil sie die Finanzierung von Neubauten und der laufenden Investitionen übernommen hatten.

Es wäre besser, vorerst auf eine Krankenhausreform zu verzichten, als den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz als Ausgangspunkt für diese Reform zu nehmen.

Kontakt:  
Florian Lanz  
Pressestelle

Tel.: 030 206288-4200  
Fax: 030 206288-84201

Presse@  
gkv-spitzenverband.de

GKV-Spitzenverband  
Mittelstraße 51  
10117 Berlin

[www.gkv-spitzenverband.de](http://www.gkv-spitzenverband.de)



Spitzenverband

Ein solcher Kompromiss, der allein die Beitragszahler belastet und die Bundesländer bei einer vagen Selbstverpflichtung belässt, ist kein Weg, um die stationäre Versorgung in Deutschland weiterzuentwickeln. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten ist im kommenden Jahr auch ohne eine Krankenhausreform gesichert, es besteht kein zwingender Gesetzgebungsbedarf.

Der GKV-Spitzenverband ist der Verband aller gesetzlicher Kranken- und Pflegekassen. Als solcher gestaltet er den Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in Deutschland; er vertritt die Kranken- und Pflegekassen und damit auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten und Beitragszahler auf Bundesebene gegenüber der Politik, gegenüber Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Krankenhäusern. Der GKV-Spitzenverband übernimmt alle nicht wettbewerblichen Aufgaben in der Kranken- und Pflegeversicherung auf Bundesebene. Der GKV-Spitzenverband ist der Spitzenverband Bund der Krankenkassen gemäß § 217 SGB V.